

Pascal Kober: Die Notwendigkeit, sich als Christ politisch zu engagieren

I

„Bin ich meines Bruders Hüter?“, lautet die Antwort Kains auf Gottes Frage nach seinem Bruder Abel. Kain erhält in der Erzählung keine Antwort auf seine Frage: Die Beantwortung scheint nicht nötig zu sein. Zu offensichtlich ist die einzig legitime Antwort auf diese Frage ein schlichtes Ja. Ja, es ist uns aufgegeben, einander „Hüter“ zu sein. Und die Erzählung würde gänzlich missverstanden, würden wir das Einander-Hüter-Sein nur auf leibliche Geschwister beziehen. Nein, in den ersten elf Kapiteln der Bibel, in der sogenannten Urgeschichte von der Schöpfung bis zum Turmbau zu Babel, geht es um das ganz Grundlegende des Menschen und der Schöpfung. So wie Menschen einander zu Mördern werden können – ganz gleich wie nahe sie sich stehen – so ist der Mitmensch mein Bruder, der mich nicht nur etwas angeht, sondern dessen Wohl mir anvertraut ist, um dessen Wohlergehen ich mich sorgen soll.

Die Urgeschichte erzählt auch noch weiteres Grundsätzliches über den Menschen: Dem Menschen ist nicht nur die Sorge um seinen Mitmenschen anvertraut, sondern ebenso die Mitverantwortung für die Schöpfung, in der er lebt: „Bebauen und Bewahren“ lautet der Schöpfungsauftrag Gottes an den Menschen. Und dann wird auch noch über den Menschen gesagt, dass er stets in der Versuchung steht, über das ihm gesetzte Maß hinaus zu streben, so in den Erzählungen vom Sündenfall und vom Turmbau zu Babel. In beiden Erzählungen geht es um die Versuchung des Menschen, wie Gott sein zu wollen, die gesetzten Grenzen zu überschreiten, sei es auf dem Wege der Erkenntnis, sei es auf dem Wege der ihm innerhalb der Schöpfung zur Verfügung stehenden Technik.

Aber zurück zu Kain und Abel. Wo findet die Verantwortung, die Liebe für den Nächsten ihre Grenze? Dort, wo es über den unmittelbar Nächsten hinausgeht? Dort, wo es über die Familie, die Freundschaft, die Nachbarschaft, die Kirchengemeinde, den Stadtteil, die Kommune, den Landkreis, das Bundesland, die Bundesrepublik, Europa hinausgeht? Wo verläuft die Grenze meiner Verantwortung für meinen und meine Nächsten, für meinen Bruder Kain? Oder anders gefragt: „Wessen Hüter bin ich nicht?“ Oder nochmal anders: „Wer ist denn mein Nächster?“ So formuliert der Schriftgelehrte die Frage. Und Jesus antwortet mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10, 25–37). „Wem bin ich als Christ verpflichtet?“ Nun dem, der jeweils in seiner Not meine Hilfe braucht, lautet die Antwort dieses Gleichnisses. Und wie weit muss die Hilfsbereitschaft reichen? Diese Frage findet ihre Antwort in der Dialektik des „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“: Nicht die bedingungslose Aufopferung für den Nächsten ist gefordert, davor bewahrt uns die Verpflichtung zum „Wie-dich-selbst-Lieben“, die

Aufforderung zur Selbstliebe, zur Selbstachtung, zur Selbsterhaltung. Diese Selbstliebe darf nicht zum Egoismus führen. Sie wiederum findet ihrerseits ihre Grenze in der Verpflichtung zur Nächstenliebe.

Ist es also notwendig, dass sich ein Christ politisch engagiert? Die Antwort kann nur lauten: Ja. Denn in der Politik geht es um die Angelegenheiten, die das Gemeinwesen betreffen. Es geht um die Ordnung des gemeinsamen, des öffentlichen Raumes. In der Politik geht es um die Gestaltung der Art und Weise, wie wir als die einander Nächsten zusammenleben wollen. Es geht um die Regeln des Zusammenlebens, des Zusammenlebens. Geht mich das tatsächlich etwas an? Ja, weil mich mein Nächster etwas angeht. Und damit ist mir auch die Frage gestellt, ob es ihm, meinem Nächsten, in der Art und Weise, wie wir zusammen leben, auch gut geht. Wenn nicht, dann müssen wir die Regeln ändern, dann müssen wir Politik machen.

II

Aber nicht jeder ist davon überzeugt, dass Christen sich in der Politik engagieren sollen. Wirkungsgeschichtlich höchst relevant für diese Frage waren immer zwei neutestamentliche Aussagen zum Verhältnis des Christentums zu Herrschaft und Politik: Einerseits heißt es: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ (Mk 12, 17) und andererseits gibt es die paulinische Aussage (Römer 13, 1): „Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet.“ Auf beide Aussagen berufen sich auch heute noch Christen, um zu begründen, dass Christen in der Politik nichts verloren hätten. Zu beachten ist freilich in beiden Fällen, dass sie in eine bestimmte historische und politische Situation hinein gesprochen wurden, die nicht mehr die unsere ist. Jesus und Paulus lebten ihren Glauben in einer Diasporasituation unter einer übermächtigen „andersgläubigen“ Herrschaft, die zwar in gewissen Grenzen die freie Religionsausübung gewährte, aber schnell gereizt auf die mögliche Infragestellung der eigenen Souveränität reagierte. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass die friedliche „Koexistenz“ mit der römischen Staatsmacht für die frühen christlichen Gemeinden überlebenswichtig war.

Dazu kommt, dass die frühe christliche Gemeinde in unmittelbarer Erwartung der Wiederkehr des allmächtigen und jede reale weltliche Obrigkeit übertreffenden und diese beendenden Messias stand. Fragen der Staatsform und der Herrschaft und das prinzipielle Verhältnis von Christen zur Herrschaft standen deshalb zur Zeit des neuen Testaments nicht im Vordergrund. Wichtig war vor allem durchzuhalten bis zur nahezu unmittelbar bevorstehenden Wiederkehr des Messias.

III

Eine geradezu gegenteilige Wirkung haben die biblischen Bücher sozialkritischer Propheten entfaltet. Amos ist beispielsweise für viele Christen zur Aufforderung zu einem unmittelbaren und kompromisslosen politischen Eintreten für soziale Gerechtigkeit geworden. Wer sich freilich an Amos orientiert, fühlt sich von der realen Politik eines freiheitlich-demokratischen Systems häufig genug ausgebremst. Ausgebremst im Wortsinne, weil politische Prozesse in einer Demokratie häufig sehr lange andauern, bis eine Entscheidung fällt und gar Ergebnisse sichtbar werden. Ausgebremst aber auch im übertragenen Sinne. In der Absolutheit, in der Christen ihren Glauben leben und für ihre Wahrheit eintreten, lassen sich in einer Demokratie Entscheidungen nicht treffen. Weder war Amos kompromissbereit, noch war er ein Pragmatiker. Die zu einer Demokratie notwendig gehörenden Kompromisse vertragen sich für viele Christen aber nicht mit der allumfassenden göttlichen Wahrheit ihres Glaubens. Wer sich Amos zum Beispiel nimmt, wird sich politisch zu Wort melden. Aber eher nicht im Rahmen des demokratischen Prozesses der institutionalisierten Gesetzgebung in Parteien und Parlamenten, sondern eher in Initiativen und Gruppen, die kompromisslos für ein bestimmtes Anliegen und seine Wahrheit und Notwendigkeit eintreten – entweder mit dem Ziel, eine ganz konkrete Hilfeleistung für Betroffene anzubieten und auszufüllen oder mit dem Ziel, andere wirkungsvoll auf Missstände aufmerksam zu machen. Beides ist ohne Zweifel eine notwendige und respektable Form des politischen Engagements von Christen, führt aber zwangsläufig weiter zu der Frage, wie es nun eigentlich um die demokratischen und parlamentarischen Prozesse bestellt ist. Sind sie ein legitimer Ort für einen Christen, sich politisch zu engagieren? Oder steht der Absolutheitsanspruch der christlichen Wahrheit dem Mehrheitsprinzip der Demokratie in Parteien und Parlamenten nicht unvereinbar gegenüber?

IV

Es gehört zur Wahrheit des christlichen Glaubens, dass „unser Wissen“ und unser „prophetisches Reden“ nur „Stückwerk“ sind (1. Kor 13, 9). Das gilt in zweierlei Hinsicht – weltlich und geistlich. Weltlich ist unser jeweiliges Wissen „Stückwerk“ und nicht vollkommen, weil die Welt komplex und das zur Verfügung stehende und für viele oder gar die meisten politischen Entscheidungen notwendige Wissen die Möglichkeiten eines Einzelnen bei weitem übersteigt. Aber was hat es mit der geistlichen Dimension in der Politik auf sich? Sind Staat, Glaube und Kirche nicht voneinander „getrennt“? Nun, in der Politik geht es immer auch um Wertentscheidungen. Denn es gibt kein Gesetz, das nicht Ausdruck ist von einem bestimmten Welt- und Menschenbild und einem daraus abgeleiteten Wertesystem. Wenn es heißt, dass Abgeordnete in den Parlamenten nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, dann meint man eben jenen individuellen

persönlichen Wertekodex, der den „Inhalt“ eines jeden Gewissens ausmacht. Nach dem christlichen Glauben ist jenes geistliche Wissen aber eben auch immer nur Stückwerk. Die Vollkommenheit steht noch aus. „Wir sehen jetzt durch einen Spiegel ein dunkles Bild; dann aber von Angesicht zu Angesicht. Jetzt erkenne ich stückweise; dann aber werde ich erkennen, wie ich erkannt bin.“ (1. Kor 13, 12). Auf den Punkt gebracht heißt das: Niemand ist in Besitz von Wahrheit, auch nicht in Fragen von Werten. Wer diese theologische Einsicht ernst nimmt, kommt nicht umhin, diese „Vorläufigkeit“ und „Unvollkommenheit“ allen Wissens – geistlichen wie weltlichen Wissens – zum Anlass zu nehmen, die demokratische Herrschaftsform als die mit dem christlichen Glauben einzig wirklich vereinbare Herrschaftsform anzuerkennen. Nur in ihr ist gewährleistet, dass nicht etwa einer seine Einsichten, sein Wissen absolut setzt. Dass darin eine reale Gefahr liegt, lehrt nicht nur die Geschichte. Auch die Bibel weist schon darauf hin – in der Erzählung vom Sündenfall, dort also, wo als grundlegende Eigenschaft des Menschen das Streben nach Vollkommenheit genannt und festgehalten wird.

Es ist also nicht etwa so, dass der absolute Wahrheitsanspruch des christlichen Glaubens dem politischen Engagement in einer freiheitlichen Demokratie, dem sich Beugen unter die „Wahrheit“ von Mehrheitsentscheidungen entgegenstehen würde. Im Gegenteil: Die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie, in der die Würde, die Gewissensfreiheit, die Freiheit und Gleichheit der Menschen gewahrt sind, ist die dem christlichen Glauben angemessene Herrschaftsform, weil sie anerkennt, dass niemand für sich allein die Wahrheit beanspruchen kann.

Wer diesen Zusammenhang ernst nimmt, kommt nicht umhin, die Notwendigkeit des politischen Engagements von Christinnen und Christen auch in Parteien und Parlamenten anzuerkennen.

Pascal Kober ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.



Pascal Kober